



Den Kommunen geht das Geld aus!

"Wir können nicht mehr!"

... heißt es in einem Brandbrief, den Oberbürgermeister von 13 Landeshauptstädten an Bundeskanzler Merz gerichtet haben. Sie sehen Städte und Gemeinden finanziell am Limit.

Das Grundproblem:

Kommunen bekommen von Bund und Ländern immer mehr Aufgaben übertragen. Es fehlt aber ein angemessener finanzieller Ausgleich.

KOMMUNEN SCHLAGEN ALARM! „WER BESTELLT, BEZAHLT!“

2024 betrug das kommunale Finanzdefizit 24,8 Milliarden Euro. Trotz Kürzungen fehlen den kommunalen Haushalten in diesem Jahr mindestens 25 Milliarden Euro. Dieses „Rekorddefizit“ steigt in den kommenden Jahren auf über 30 Milliarden Euro. *Selbst das ist optimistisch, weil Gewerbesteuereinnahmen nicht stabil sind.*

Aus dem Niedergang wird ein schneller Absturz. Was das bedeutet sieht man z.B. bei Standortkommunen der Automobilindustrie. Ingolstadt (Audi) beschließt ein großes Sparpaket. An 92 Haushaltsstellen wird gestrichen: beim Stadttheater, bei der Jugendarbeit, bei

Volksfesten, bei den Stadtbüchereien. In Stuttgart (Mercedes, Porsche) fehlt eine halbe Milliarde. Der „Sanierungsplan“ sieht den Ausverkauf von städtischen Grundstücken, Kürzungen beim Personal sowie höhere Hundesteuer und Kita-Gebühren vor. In Esslingen werden 200 von 1.500 Vollzeitstellen im Öffentlichen Dienst gestrichen.

Gestiegene Sozialausgaben wurden keineswegs „bestellt“, sondern vom Bund abgeladen.

Der streicht zur Finanzierung der Hochrüstung die Kindergrundsicherung.

Die Preise für Wohnen und Lebensmittel steigen ständig.

Höhere Ausgaben in der Jugendhilfe, steigende Unterkunftskosten (Sozialhilfe, Wohngeld) zum Vorteil der Mietkonzerne, steigende Energie- und Baupreise sprengen jede Finanzplanung.

Die Kommunen müssen die Menschen in der Grundsicherung auffangen, weil Löhne und Renten nicht reichen.

Immer mehr Menschen können ihr Leben nicht mehr selbst bezahlen.

**Sparzwang trifft Bürger hart:
Kommunen streichen jetzt!
Kitas, Museen, Parkgebühren:
In Karlsruhe, Baden-Baden und
anderswo setzen Kommunen auf
drastische Sparmaßnahmen.**

Aus „Badische Neue Nachrichten“

Über Jahrzehnte wurden die Kommunen in den Ruin getrieben. Und nun fließen die Fördermittel nur noch, um die Kommunen kriegstüchtig zu machen.

Wer nichts mehr investieren kann, baut eben Bunker.

Wer seine Industrie verliert, freut sich über die Ansiedlung von Rüstungsfabriken.

Wer keine Perspektive für die Jugend hat, begrüßt die Bundeswehr in den Schulen.

„Statt in eine neue Aufrüstung zurückzukehren muss die deutsche Politik in Klimaschutz und soziale Sicherheit investieren – und dort zur Vorreiterin werden.“

Tatsächlich darf diese exzessive Hochrüstung gerade des deutschen Militärs nicht ausgeblendet werden. Denn: Kommt es zum Einsatz, so ist nach „Operationsplan Deutschland“ das gesamte Bundesgebiet Logistik-Drehscheibe für 800.000 NATO - Militärs samt der ganzen Ausrüstung. Die brauchen intakte Straßen und Brücken, die brauchen Unterkünfte, Nahrungsmittel und Gesundheitsversorgung.

*Ich interessiere mich
für die DKP
Ich möchte in der
DKP mitarbeiten*

Infos an die im Impressum genannte Adresse!

ViSdP: DKP Heidenheim, W. Benz,
Schumannstr 3, 89518 HDH
wilhelm.benz@dkp-heidenheim.de
dkp-heidenheim.de
Spendenkonto - KSK-Heidenheim
DE03 6325 0030 0000 4139 03

Da werden alle Finanzpläne und Sparhaushalte der Kommunen über den Haufen geschmissen – bezahlen dürfen sie das alles, bei der bekannten „Minderbeteiligung“ des Bundes und der Länder.

Rund 13 Milliarden Euro will das Land BaWü an Städte und Gemeinden aus dem „Sondervermögen“ des Bundes bis 2030 verteilen.

Wieviel davon kommt in Heidenheim an?

Deshalb fordern wir:

**Stopp der Hochrüstung!
Angemessene Beteiligung der
Kommunen am gesamten
Steueraufkommen!**

**Sozialstaatsgebot umsetzen!
Billige Energie für Industrie und
Privathaushalte!**

**Stopp der Konfrontation mit
Russland und China!**

**Raus aus der NATO! Raus aus
der EU!**



UZ unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP



„Von allen Dogmen der bigotten Politik unserer Tage hat keine mehr Unheil angerichtet, als die, dass um Frieden zu haben, man sich zum Kriege rüsten muss.“
(Karl Marx)

Sagen was ist!

Jetzt
6 Wochen
kostenlos testen.
Oder direkt
abonnieren!



Tel.: 0201 177889-15
abo@unsere-zeit.de
unsere-zeit.de/abo/